

Quelle

Datum

SZ-Interview mit dem FDP-Vorsitzenden Otto Graf Lambsdorff

„Voraussetzung für Hilfe ist keine Bedingung“

Bonn kann Infrastruktur der DDR sofort verbessern helfen / Geld nur aus Privatwirtschaft

SZ: Das FDP-Präsidium hat gerade beschlossen, der DDR ohne Bedingungen zu helfen; in der Union hieß es immer wieder: kein Geld ohne Reform. Sind sich die Koalitionspartner nicht mehr einig?

Lambsdorff: Da sind wir vollständig einig. Bedingungen gibt es nicht. Voraussetzungen für wirksame Hilfe müssen in der DDR geschaffen werden.

SZ: Was ist der Unterschied zwischen „Bedingung“ und „Voraussetzung“?

Lambsdorff: Bedingung heißt, daß wir der DDR vorschreiben würden, welches Ergebnis zum Beispiel die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in der DDR haben soll. Die DDR, die Bevölkerung der DDR, entscheidet frei darüber, in welcher ökonomischen und gesellschaftlichen Form sie leben will. Voraussetzung heißt, daß man ohne marktwirtschaftliche, dezentrale Entscheidungsformen, ohne etwa ein Gesellschaftsrecht, das privatwirtschaftliche Beteiligung zuläßt, keine wirtschaftliche Kooperation haben kann, die zum Erfolg führt.

SZ: Das sind doch Bedingungen - oder?

Lambsdorff: Ich möchte das nicht Bedingungen nennen. Bedingung klingt immer danach, als wenn man etwas oktroyiert. Das ist nicht der Fall. Es ist die Entscheidung der DDR selber. Wir empfehlen das selbstverständlich. Wir sagen auch ganz deutlich, daß es vor allem auf die Privatwirtschaft ankommt. Unser Staatshaushalt kann das gar nicht bewältigen, und die Privatwirtschaft kann und wird sich nur engagieren, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen in der DDR geschaffen sind.

SZ: Was ist denn das Minimum an sogenannten Voraussetzungen?

Lambsdorff: Gewerbefreiheit, Wettbewerb, Leistungsbezogenheit der Entlohnung, die Möglichkeit von Privateigentum auch an Produktionsmitteln, ein Investitionsschutzabkommen für Unternehmen oder einzelne, die sich in der DDR wirtschaftlich betätigen wollen; und vieles andere mehr.

SZ: Das klingt aber sehr nach Bedingungen, nach der Devise: Schafft erst eine freie Marktwirtschaft!

Lambsdorff: Daß wir es für notwendig und richtig halten, eine marktwirtschaftliche Ordnung einzuführen, ist vollkommen richtig. Nur bedeutet das natürlich nicht, daß von heute auf morgen auf Knopfdruck aus der derzeitigen Wirtschaftsform der DDR eine lupenreine, hundertprozentige Marktwirtschaft wird. Das war bei uns nicht so, das ist bei uns nicht so. Ich will das unterstreichen. Selbstverständlich wird es in der DDR Übergangsformen und

AM 12.11.89
Übergangsformen geben müssen.

SZ: Und welche Bedingungen oder Voraussetzungen gibt es für staatliche Hilfe?

Lambsdorff: Ich rede gar nicht über die staatliche, sondern über die private Seite. Die Bundesregierung kann Hilfe geben im Bereich der Infrastruktur, des Umweltschutzes oder der Telekommunikation. Dazu braucht man Voraussetzungen gar nicht aufzustellen. Aber die staatliche Seite kann nicht das bewältigen, was an Kapital wohl in der DDR nötig ist. Das geht nur mit privatem Kapital, allerdings dann mit staatlicher Absicherung. Dafür brauchen wir die genannten Voraussetzungen.

SZ: Wenn man aber nicht sofort hilft, dann schwellen die Übersiedlerzahlen an. Was soll also der Bund tun?

Lambsdorff: Das können wir nur zusammen mit der DDR erörtern. Es ist ja gerade im Bundestag vorgeschlagen und von der Opposition unterstützt worden, daß wir uns zusammensetzen und schleunigst herausfinden, auf welchem Weg man zum Beispiel die Verbesserung im Gesundheitswesen erreichen kann. Beispiel: Lieferung notwendiger medizinisch-technischer Geräte, hochwertiger Pharmazeutik...

SZ: ...was hilft das Gerät, wenn die Ärzte und Krankenschwestern aus der DDR verschwinden?

Lambsdorff: Das ist in der Tat ein ganz schwieriges Problem, bei dem ich fürchte, daß man es von hier aus nicht lösen kann. Aber nehmen Sie die Verkehrsinfrastruktur: Warum soll man nicht der DDR ein paar tausend Omnibusse liefern und dadurch erst einmal die Verkehrsmöglichkeiten deutlich verbessern. Im Augenblick ist das ja verheerend.

SZ: Und wenn die DDR die gewünschten Voraussetzungen nicht schaffen kann oder will?

Lambsdorff: Dann wird es eine privatwirtschaftliche Betätigung in der DDR nicht geben. Und ohne den Zufluß privaten Kapitals sind die Probleme der DDR nicht zu lösen.

SZ: Dann muß der bundesdeutsche Staat wohl doch einspringen.

Lambsdorff: Sie müssen sich die Größenordnung vergegenwärtigen. Es wird davon gesprochen, daß die DDR auf längere Sicht Kapital in der Größenordnung von 300 bis 500 Milliarden D-Mark West braucht, um all das in Ordnung zu bringen, was dort in 40 Jahren zerstört worden ist. Das kann aus einem Staatshaushalt niemals kommen. Doch für die privaten Kapitalmärkte ist das über einen entsprechen-

den Zeitraum überhaupt kein Problem. Aus Staatshaushalten könnten gerade Notlösungen beschlossen werden, um die schlimmsten sozialen Übelstände zu beseitigen.

SZ: Sie fordern einerseits immer wieder eine dezentralisierte Marktwirtschaft, andererseits sagen Sie: „Keine Fremdbestimmung der DDR.“ Wie paßt das zusammen?

Lambsdorff: Das paßt zusammen, weil es in der DDR schon längst eine Diskussion gibt über die Einführung marktwirtschaftlichen Wirtschaftens. Ich sage Ihnen voraus, daß das Thema „besserer, schöner Sozialismus“ immer mehr an Bedeutung verliert. Doch müssen wir der DDR Zeit lassen. Es ist jetzt gerade drei Wochen her, daß man den Sozialismus überhaupt öffentlich in Frage stellen darf in der DDR. Man kann doch von den Menschen nicht erwarten, daß das, was ihnen in 40 Jahren eingetrichtert worden ist, von heute auf morgen über Bord geworfen wird. 6

Das Interview führte Josef Joffe. 10